

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Redaktion und bei den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., einschließlich Porto. Einzelnummern 10 Pf., bei Postbestellung 12 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Redaktion und bei den Ausgabestellen 1 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Post 1,20 RM., bei Postbestellung 1,50 RM., einschließlich Porto. Einzelnummern 10 Pf., bei Postbestellung 12 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen und die Vollständigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. In der Redaktion sind alle Nachrichten, die für die Zeitung geeignet sind, entgegenzunehmen. In der Redaktion sind alle Nachrichten, die für die Zeitung geeignet sind, entgegenzunehmen. In der Redaktion sind alle Nachrichten, die für die Zeitung geeignet sind, entgegenzunehmen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 93 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 22. April 1930

## Bedrohliche Klippen.

Schon bald nach Ostern wird es politisch wieder „los gehen“. Denn kurz vor den Feiertagen hat sich noch allerhand ereignet oder vorbereitet, was nach schneller Entscheidung drängt. Und was Stoff genug für mehr oder minder scharfe Auseinandersetzungen abgeben wird. Man braucht nur anzudeuten: Panzertruppenfrage, deutsch-nationale Vorstandsfrage, Streit um den Etat. Aber auch außenpolitische Konfliktstoffe sind zur Genüge vorhanden: Handelsvertrag mit Polen, das jetzt beim Völkerbund in Genf gegen die jüngsten deutschen Zollserhöhungen auf Agrarzeugnisse protestiert hat, außerdem die nun schon fast ein halbes Jahr währenden, einer Entscheidung entgegenstrebenden Verhandlungen über das Saargebiet.

Das zeitlich nächstliegende Ereignis ist die zum Freitag nach Ostern einberufene Vorstandssitzung der deutschen nationalen Volkspartei. Man will offenbar ein Weiterschreiten der Krise — deren Vorhandensein von keiner Seite bestritten wird — irgendwie verhindern. Für oder gegen den bisherigen Führer und den von ihm im Reichstag wie außerhalb verfolgten und verfolgten politischen Kurs, Haltung der Partei bzw. der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Brüning, Stellung zum Reichslandbund und noch einiges andere, mehr Persönliche dürfte Gegenstand von Auseinandersetzungen sein, die für die Zukunft der Partei selbst, darüber hinaus aber auch für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Lage in Deutschland von großer Bedeutung sein werden. Die Mehrheit der deutschen nationalen Reichstagsfraktion hat unter Führung des früheren Parteivorstehenden Grafen Westarp bei den Abstimmungen im Reichstag dem jetzigen Parteivorstehenden und seiner Politik die Gefolgschaft versagt —, irgendwie muß es also zur Austragung dieser Differenz kommen, und zwar auch dann, wenn man nach außen hin dieser Richtung wieder schließt. Glaubt man doch im Reichstag selbst nicht mehr daran, erst im Frühjahr 1932 des „natürlichen Todes“ nach vierjähriger Lebenszeit sterben zu können. Droht doch in allernächster Nähe schon die Klippe der Panzertruppenfrage, an der das Reichstagsschiff nur sehr schwer vorbeikommen wird.

Und noch eine andere Klippe liegt im Fahrwasser: der deutsch-polnische Handelsvertrag. Hier trennen sich die Meinungen auch in der Mehrheit, von der das Kabinett Brüning in den Sattel gehoben wurde. Das Polen, wo übrigens die Volksvertretung sich ebenfalls noch nicht mit der Ratifizierung des Handelsvertrages befaßt hat, jetzt unter Berufung auf das Abkommen der Genfer Zollkonferenz und der darin enthaltenen Zusage, die Zollserhöhungen der bisherigen Zölle beseitigen zu lassen, ist kaum als eine Bedrohung der Handelsvertragsabmachungen mit Deutschland aufzufassen; denn die neuen deutschen Zollserhöhungen berühren den Warenaustausch zwischen Deutschland und Polen nur wenig. Im übrigen geht Polen zollpolitisch in vieler Beziehung sehr viel weiter als Deutschland und hat außerdem in der Zeit vor der Genfer Zollkonferenz und noch während dieser seine Zölle sogar bis zum Einfuhrverbot für bestimmte Warengruppen gesteigert, Bestimmungen, die übrigens von Deutschland in dem Entwurf des Handelsvertrages mit Polen anerkannt worden sind. Gerade hierin liegt auch der Grund für den Widerstand, der in manchen deutschen Kreisen dem Vertrag entgegengebracht wird.

Ein derartiger Widerstand hat sich auch schon geltend gemacht gegen den Verlauf, den die Saarverhandlungen zu nehmen scheinen. Trotz ihrer vielmönatigen Dauer ist man aber zu grundlegenden Beschlüssen noch nicht gekommen, denn — jeder Tag arbeitet für Deutschland. Wesentlich müssen wir den Franzosen die Kohlengruben im Saargebiet wieder „abkaufen“ und der Preis hierfür wird von einer gemischten Sachverständigenkommission festgesetzt werden. Aber der eigentliche Streitpunkt liegt darin, daß Frankreich das Saargebiet zollpolitisch in dem bisherigen Zustand bis 1935 belassen wissen will, also als einen Teil des französischen Zollgebiets begleitet von einer Reihe von Bevorzugungen, die die Ausfuhr saarländischer Waren nach Deutschland erleichtert. Und dann, nach 1935, soll Frankreich für Exporte nach dem Saargebiet gleichfalls eine zollpolitische Vorzugsbehandlung erhalten, ähnlich jener, die unsern westlichen Nachbarn bis zum 10. Januar 1925 eingeräumt war: Eine Durchbrechung der deutschen Zollhoheit also, der vorläufig von den Vertretern Deutschlands noch energisch widersprochen wird, ebenso wie dem französischen Verlangen, gewisse Verträge lothringischer Kohlenbergwerke über „Unter-Tag“-Ausbeutung saarländischer Kohlengruben auf viele Jahrzehnte hinaus in Geltung zu belassen.

Frankreich verlangt also von Deutschland ein weites Entgegenkommen dafür, daß man in Paris grundsätzlich geneigt ist, einer Rückgabe des Saargebiets vor dem 10. Januar 1935 zuzustimmen. Die deutsche Vertretung bei diesen Verhandlungen wird sich aber den Preis sehr genau ansehen, der von Deutschland dafür gezahlt werden soll. Darauf ist jedenfalls nicht zu hoffen, daß bei diesem Endstück der Liquidierung des Krieges“ Frankreich seine Chancen nicht voll ausnützt, vielmehr auch hier nimmt, was es nur immer kriegen kann.

## Schwere Unruhen in Leipzig

### Zwei Polizeibeamte erschlagen

Zu tumultuarischen Vorgängen, die sich anlässlich des kommunistischen Jugendtages ereigneten, teilt das Polizeipräsidium folgendes mit:

An den Aufmärschen zum kommunistischen Jugendtag beteiligten sich am ersten Ostertag rund 15 000 Personen, die zahlreiche Plakate, Transparente und Fahnen mitführten. In einigen Fällen beschlagnahmte die Polizei Plakate mit aufreizenden Aufschriften. Während bei den Umzügen verhältnismäßig Ordnung herrschte, kam es bei der Kundgebung auf dem Augustusplatz, zu der sich auch eine große Anzahl unbeteiligter Zuschauer eingefunden hatte, zu einer

#### schweren Ausschreitung.

Auf dem Grimmaischen Steinweg versuchten Demonstranten ein Auto, das vom Augustusplatz in den Grimmaischen Steinweg einbog, aufzuhalten und umzufahren. Es gelang den eingreifenden Polizeibeamten, dem Auto die Durchfahrt zu ermöglichen, doch wurden sie von den nachdrängenden Demonstranten angegriffen und mit Latzen, Fahnenstangen usw. geschlagen. Die Polizeibeamten machten von der Schußwaffe und vom Gummimäppel Gebrauch. Polizeihauptmann Galle wurde durch Schläge und Stiche so schwer getroffen, daß er tot zusammenbrach. Der Polizeioberwachmeister Karte erlag einige Stunden später seinen schweren Stieh- und Stichverletzungen. Ein weiterer Beamter schwebt in Todesgefahr. Drei Beamte wurden zum Teil erheblich verletzt. In ihrer Notlage gaben die Beamten einige Schüsse ab. Einer der Demonstranten erhielt einen tödlichen Schuss. Außerdem wurden vier Demonstranten verletzt. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht. Beim Abmarsch kam es nicht zu besonderen Zwischenfällen.

Der Ostermontag in Leipzig ist nach den bis in die Nachmittagsstunden vorliegenden Meldungen im allgemeinen bis auf gelegentliche Anstöße ruhig verlaufen. Am Augustusplatz wurden morgens ausfahrende Streifenwagen der Polizei von Demonstranten belästigt, die sich ihrer Feststellung durch die Flucht in die anliegenden Häuser zu entziehen suchten. Ein Beamter wurde in einem Hause angegriffen. In der Notwehr gab er einen Schuss ab, durch den ein Demonstrant so schwer verletzt wurde, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen. Die auswärtigen Teilnehmer des kommunistischen Jugendtages haben zum großen Teil bereits in Kraftwagen und mit der Bahn die Rückfahrt angetreten.

### Handgemenge zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bei Leipzig

Leipzig, 22. April. Der Rücktransport der auswärtigen Teilnehmer am kommunistischen Jugendtag hat sich bis in die späten Abendstunden des Montag hinein reibungslos vollzogen. Aus Göttingen bei Leipzig wird gemeldet, daß dort Kommunisten auf einem Lastkraftwagen mit Nationalsozialisten, die ebenfalls auf einem Lastkraftwagen nach Berlin unterwegs waren,

ins Handgemenge geraten sind. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Den Nationalsozialisten mußte für die Weiterfahrt polizeiliche Bedeckung gewährt werden.

### 18 Kommunisten in Berlin festgenommen

Die Fahndung nach dem Leipziger Totschläger.

Berlin, 21. April. Die 3000 Berliner Teilnehmer an dem kommunistischen Reichsjugendtag in Leipzig, der einen so tragischen Verlauf genommen hat, sind am Ostermontag in den ersten Nachmittagsstunden in ihren 36 Kraftwagen mit 23 Anhängern und in einem Sonderzug wieder nach der Reichshauptstadt abgefahren. Da sich unter den Berliner Demonstranten auch der Täter befinden soll — man nennt sogar schon seinen Namen — so waren alle erreichbaren Beamten der Berliner politischen Polizei und zahlreiche Beamten der Schutzpolizei aufgeboten worden, um die Lastkraftwagen an der Glienider Brücke, die die Berliner Vorstadt Potsdam mit Neubabelsberg verbindet, abzufangen. Bis 10 Uhr abends waren 18 Demonstranten, die sich nicht genügend ausweisen konnten, festgenommen und dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt worden.

### Eine deutsch-nationale Landtagsanfrage

Leipzig, 22. April. Der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete für Leipzig im Sächsischen Landtage, General a. D. Raden, hat eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit den für den Schutz der Einwohnerschaft und für die Sicherheit der Polizeibeamten im Straßenbereich anlässlich des kommunistischen Jugendtages in Leipzig unzulänglichen Anordnungen des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner befaßt und in der um Auskunft gebeten wird, bis wann der Polizeipräsident Fleißner von seinem Posten in Leipzig abberufen wird.

Zur Unterstützung dieses Schrittes hat der deutsch-nationale Stadtverordnete Börner einen Dringlichkeitsantrag an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet mit der Forderung, den Rat zu ersuchen, beim Ministerium des Innern unter Bezugnahme auf die Vorkommnisse am Ostermontag auf eine Entfernung des Polizeipräsidenten Fleißner von seinem Amte hinzuwirken. Es ist damit zu rechnen, daß auch andere Parteien sich diesem Vorhaben der Deutschnationalen anschließen werden.

### Blutige Kommunistenkrawalle auch in Prag

Prag, 21. April. Am Ostermontag kam es in der Umgebung Prags mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Gendarmerie. In Radotin hatte sich trotz Verbotes eine größere Menge Kommunisten gesammelt, die die Gendarmerie bedrohte. Die Menge, in der viele Frauen und Kinder waren, griff die Gendarmerie mit Steinwürfen an, auch ein Schuss wurde abgegeben. Die Gendarmerieabteilung antwortete mit einer Salve, wodurch fünf Frauen verletzt wurden. Durch herbeigeholte Verstärkungen wurde die aufrührerische Menge von der Polizei zerstreut.

### Zusammenstöße in Indien.

Fünf Todesopfer.

In Chittagong, einem wichtigen Hafen in Bengalen, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern Gandhis und der Polizei, in deren Verlauf ein englisch-indischer Feldwebel und fünf Indier getötet wurden. Die Eisenbahnstation und die Waffenlager der Polizei wurden niedergebrannt. Truppen sind in größerer Zahl nach Chittagong entsandt worden. Der Gouverneur von Bengalen, der sich auf dem Wege nach Darjeeling befand, ist telegraphisch von den Vorgängen unterrichtet worden, und sofort nach Kalkutta zurückgekehrt.

Nach dem amtlichen Bericht wurden die Eisenbahnstation und die Waffenlager der Polizei von etwa hundert Anhängern Gandhis angegriffen und niedergebrannt. Die Eisenbahnangehörigen sollen sich einschließlich der Frauen und Kinder in Sicherheit befinden. Polizei und örtliche Hilfstruppen machen den Versuch, die Anständigen zu umzingeln. Der Generalinspektor der Polizei hat sich den Truppen angeschlossen. Der telegraphische Verkehr war längere Zeit unterbrochen, konnte aber wiederhergestellt werden. In der Nacht zum 18. April ist etwa 65 Kilometer von Chittagong entfernt ein Eisenbahnzug zur Entgleisung gebracht worden. Die Trümmer der Wagen blockieren die Strecke. Am Freitag wurden in Kalkutta 21 Personen verhaftet, darunter fünf Mitglieder des Provinzial-Kongressausschusses und sechs Angehörige des Kongressausschusses für Süd-Kalkutta.

An dem Sturm auf die Waffendepots in Chittagong haben nach den bisherigen Feststellungen etwa sechzig Personen teilgenommen, die sich zum größten Teil in die Berge geflüchtet haben dürften. Die betreffende Gegend wird von Polizeipatrouillen abgesucht. Nach Auffassung

der leitenden Behörden in Simla handelt es sich bei den Tumulten in Chittagong um das Unternehmen der bengalischen Terroristenorganisation. Wie aus Bombay gemeldet wird, hat die Polizei an allen Stellen, wo in Verletzung des Monopols Salz hergestellt wurde, eingegriffen und die dabei gebrauchten Geräte vernichtet.

### Bisher neun Todesopfer in Chittagong

London, 21. April. Weitere Einzelheiten über die Krawalle in Chittagong bestätigen, daß der Zustand genau vorbereitet war. Die Aufständigen waren in Uniformen verkleidet, chloroformierten Beamte und brannten darauf das Gebäude nieder. Hierauf wurden alle telegraphischen Verbindungen unterbrochen und die Drähte an drei verschiedenen Stellen durchschnitten. Vom Telegraphenamt begaben sich die Aufständigen nach dem Eisenbahnwagendepot, wo ein als Offizier verkleideter Aufständiger auf die Wache losging. Die Posten saluieren und bevor sie ihren Dertum erkannten, wurden sie von den Indern niedergeschossen. Die Aufständigen erschossen hierauf den wachhabenden Sergeanten des Depots und begaben sich von dort nach dem Polizeiwachdepot, das in ähnlicher Weise überfallen und ausgeplündert wurde. Wie nunmehr feststeht, haben bei dem Überfall insgesamt 9 Männer, darunter zwei Europäer, ihr Leben verloren. Die Wendung der Vorgänge in Indien wird in England mit großer Sorge verfolgt. In Lahore hat die Polizei des Punjab-Gebietes ein ganzes Bombenlager entdeckt. Mehrere verdächtige Personen wurden verhaftet.

Ghandi äußerte sich auf Befragen über die Vorgänge in Chittagong, daß sie als eine sehr ernste Angelegenheit zu betrachten seien, wenn sie nicht wie die Unruhen in Kalkutta und Carachee einen Einzelakt darstellen. Wenn die Lage aber auch durchaus ernst sei, so werde ihn das von der Fortsetzung seines